

der günstlichen und bereidenkten Lage, daß was immer in solchen Fällen unsere Feinde tun, sie für uns arbeiten. Das wir uns gegen Täuschungen möglichst sichern, erachte ich als selbstverständlich. Wir müssen gewisse Mindestforderungen aufstellen, ohne die wir unsere Hilfe nicht gewähren. Sollte später der mit unserer Hilfe gebildete deutsch-deutsche Block, dann ist er in den Augen aller ein Schaf. Das kann und geschiehen.

Ein zweites Hauptmoment, das für unsere Beteiligung an den Handelsverträgen spricht, tritt ebenfalls erst in der nächsten Zeit immer sichtbar in den Vordergrund. Das ist die Thatache, daß bei den Regierungen und den reaktionären Parteien das Streben abwaltet, die Bedeutung der Handelsgesetze auf Kosten des Reichstages zu haben, indem man gelegentlich die Vorlage durch die Handelsgesetze verzögert läßt, die Reichsverfassungsgesetze der Kompetenz des Reichstages unterstellt sind, oder Ausführungsgegesetze beschließen läßt, die die Reichsgegesetze durchdringen. So wenig die Zusammensetzung des Reichstages unseren Wünschen entspricht, den meisten Regierungen und Freiheit den preußischen ist er zu ratsam. Der Vater und Sohn einer alten revolutionären Tradition, Fürst Bismarck, hat schon vor Jahren den Rat gegeben: die gelegentlich die Thatigkeit der Handelsgesetze auf Kosten des Reichstages ausüben, so von letzterem für ihn und seine Nachkommen nichts zu erwarten ist. Das Beispiel dieser Verzögerung des Reichstages ist die preußische Verordnungsvorlage, die eine Mauer im Landesgefüge zu errichten strebt, welche zur Kompetenz des Reiches gehört und von Rechts wegen nur rechtmäßig geordnet werden kann. Würde Bayern, Sachsen oder irgend ein anderer Mittel- oder Kleinstaat eine solche Handlung beginnen, die vorhandenen partikularistischen Regelungen ließen das eiskalich erscheinen, aber das die etliche deutsche Staat, der Staat, dessen Regierung zugleich die eigentliche Reichsregierung ist, mit diesem Beispiel vorangeht und die Ordnung dieser Angelegenheit durch die Handelsgesetzgebungen im Bundesrat vorzieht und durchsetzt, so ist ein illustres Beispiel dafür, daß man auf Reich und Reichstag reicht, sobald Gefahr vorhanden ist, reaktionäre Wünsche nicht beiziehen zu können. Das das Vorgehen Preußens in Sachen des Berlins- und Beamtentumsgesetzes einer der härtesten Schläge gegen die Reichseinheit und den Reichsgeanden überhaupt ist, wird allfällig angezeigt, und es geht auch zur Fronte der Weltgesellschaft, das der argste "Reichsfeind", die Sozialdemokratie, hier wieder einmal den Reichsgegenden gegen die bestensintendeten Hauer desselben verteidigen muß. Diefen und ähnlichen reichsförmlichen Verbündeten nicht nur im Reichstag, sondern auch in den Landtagen und in dieser Linie im preußischen Landtag mit möglichstem Nachdruck entgegentreten zu können, ist ein weiterer Grund, der für die Wahlbereitung spricht, eine ganze Reihe von Verhandlungen im preußischen Landtag in den letzten Jahren hat gezeigt, wie die reaktionäre Mehrheit desselben unangenehm bemüht ist, den Reichstag zu schwächen und zu diskreditieren und die Regierung gegen denselben harsch zu machen. Diese Art Verhandlungen deuten sofort einen anderen Charakter, wenn einige Sozialdemokraten in denselben das Wort nehmen könnten.

Ein weiterer Grund für eine Beteiligung ergibt sich, geben wir die Einsicht in die Brüderlichkeit, welche die Erörterung der Frage der Wahlbereitung in den gegnerischen Dingen hervortreibt. Das Biegen, die eine Unterstützung in der Beteiligung erblicken, diese begraben, ist selbstredend, den entgegengesetzten Standpunkt hat aber die Regierung dazu im Lager der Jungen und Junguntergenossen und bei der Regierung herübergezogen. Bei den Jungen und Junguntergenossen erzeugte die Wahlgänge und Schied, und die Regierung hat schon die bloße Erörterung: ob wir uns bei der Wahl beteiligen sollen, zu dem Gefühl gehabt, daß in der Session von 1892/93 bei Beratung der damaligen Wahlgesetzänderung dem Landtag gegebene Versprechen, über den Anfall der nächsten Wahlen eine Stabilität aufzunehmen und absonder eine Wahlregulationsvorlage einzubringen, während der laufenden Legislaturperiode nicht zu erfüllen. Gegebene Versprechen nicht zu halten, scheint bei der preußischen Regierung Mode zu werden, und zwar ist es dieser wie in anderen Fällen die Furcht vor uns, die ihr diese eigenartliche Moral aufträgt. Obgleich sie bei der jüngsten Zusammensetzung des Landtags keine radikalnen Verhältnisse für eine Wahlreform zu führen hat, schließt sie sich, ihre Lage zu erhalten, die nur eine Abstimmung, nicht eine Beteiligung des platonischen Charakters des jüngsten Wahlsystems erforderte. Und zwar fügt sie durch eine noch so verdeckte Reform des erbarmlichen und unbehobenen aller Sege, die Chancen der Opposition zu verbessern. Eine solche Schafe zu befreien, dazu fehlt eben dieser harten Regierung — der Mut, und so will sie die nächsten Wahlen unter allen Umständen noch unter dem jüngsten Wahlsystem stattfinden lassen. Wie einer solchen Regierungskunst glauben die am Winkel uns zu imponieren.

Dieses sind alles Momente, die unerschöpflich ohne vorgesetzte Meinung erzeugen werden sollten und nun zu dem Geschäft bringen müssen, wenigstens einmal einen Versuch mit der Wahlbereitung zu machen. Am Ende endet wir, daß wir selbst bei diesem außerordentlich alten Wahlgesetz näher sind als wir glauben."

Wie sich Bebel unsere Taktik bei den preußischen Wahlen denkt, darüber in folgender Nummer.

Tages-Kundschau.

Dresden, 13. August.

Schuhjoll in Norwegen.

Doch auch Norwegen zum industriellen Schuhjoll übergeht, ist unter dem Einbruch der viel gewichtigeren Thatache des industriellen Hochzolls in Amerika beinahe unbemerkt geblieben. Und doch ist dies eine Thatache, die für den europäischen Handel eine nicht unerhebliche Bedeutung hat, und jedenfalls eine diplomatische Erscheinung. Welche Revolution in der handelspolitischen Stellungnahme Norwegens der neue Zolltarif bedeutet, darüber gibt interessante Mitteilungen eine Korrespondenz der "Kölnerischen Zeitung" aus Christiania vom 9. August. Der Berichterstatter des rheinischen Industrieklubes schreibt:

Die dieser Tage beendete siebenjährige Beratung über den neuen Zolltarif hat so recht erkennen lassen, wie hoch die schwedische Fülle in Norwegen geht. Während vor einigen Jahren im Storching nur einige zehn Stimmen für einen Zolltarif in schwedischer Richtung zu haben waren, verursachte der jetzt angenommene neue Zolltarif nicht einmal einen nennenswerten Kampf, denn die reinen Freihändler, die sich wesentlich aus den südlichen Abgeordneten zusammensetzen, befanden sich in einer Minderheit, deren Aufgabe es nur sein konnte, im Verein mit den gemäßigten Schutzbürgern den allzu stark auftretenden protektionistischen Strom nach Möglichkeit einzudämmen. Das Ergebnis der Verhandlungen war, daß im großen und ganzen die Vorlage der Mehrheit des Zollausschusses angenommen wurden, die sich im allgemeinen in mäßigen Grenzen bewegten, wogegen die Minderheit in weitgehendem schwedischer Fahrwasser stand. In einem Punkte siegten indessen auch die Vorlagen dieser Minderheit, z. B. wurde ein Fall auf gefallenes Fleisch und Speck angenommen. Der neue Zolltarif enthält außerdem doppelte Höhe, höhere und niedrigere, doch ist die Voraussetzung, daß der niedrige Tarif bis auf weiteres allen Ländern gegenüber gilt, während die höchste nach Erneuerung des Königs dem Lande gegenüber zur Anwendung gebracht werden können, von dem Norwegen ungünstiger als andere Länder behandelt wird. Diese Höhe sind etwa 30—50 Proz. höher als die Mindestsätze. Erwähnenswert in dem neuen Tarif ist die Feststellung des Lederzolls auf 30 Proz., große Wollwaren, für die die Ausfuhrzulassung 30 Proz. beansprucht hatte, tragen häufig 50 Proz. Zoll. Der Zoll auf Roggenmehl wurde von 50 auf 30 Proz. herabgesetzt und der Roggenzoll ganz abgeschafft. Die bestehende Zollfreiheit für Maschinen und Geräte ist auch weiter aufrechterhalten worden."

Unsere Utratier haben gelegentlich der norwegischen Zollberatungen mit großer Genugtuung diesen neuen Triumph des schwedischen Gedankens verzeichnet — sie merken nicht, wie dieser neue Triumph zugleich eine neue Freiheit ist in den agrarischen Schuhjoll Deutschlands. Je mehr Länder zum Schuhjoll übergehen, desto weniger können die Industrieländer diese gegenseitige zollpolitische Abschließung etwegen, weil sie am meisten auf die Ausfuhr angewiesen sind.

Früher hat Deutschland den anderen Staaten seinen Markt verschlossen, — jetzt sind es die anderen Staaten, welche Deutschland ihren Markt verschließen. Indem Norwegen die Gebrauchsgegenstände mit Zöllen belagert, dagegen Brot und Maschinen zollfrei hält, verteuert es das fremde Produkt und verbilligt die heimische Produktion; demgegenüber hat Deutschland durch Getreidezölle verteuerte Brot, durch Eisenzölle verteuerte Maschinen und muß noch obenbrennen den von Norwegen aufgelegten Zoll tragen. Dies der "Triumph" des schwedischen Gedankens.

Die anderen Länder, entwickelt sich eben auch Norwegen zu einem Industriestaat. Folgende Zahlen beweisen das:

	im Jahre 1884	im Jahre 1894
Rohe Baumwolle	2,8 Mill. Kilogramm	2,8 Mill. Kilogramm
Baumw.-Garn	0,7	1,3
Eisen- und Stahlwaren	10,9	30,0
Wollwolle	0,6	1,1
Wollgarn	0,2	0,6
Maschinen	2,9	5,1
	Kronen	Kronen

Der Handelsverkehr Norwegens mit Deutschland gestaltete sich so, daß Norwegen 1895 für 15,3 Mill. Kr. nach Deutschland ausfuhrte und für 42,4 Mill. Kr. aus Deutschland ausführte. Man sieht, Norwegen ist für die deutsche Industrie ein immerhin beträchtliches Absatzgebiet.

Deutschland.

Zu den Unterhängungen von Familien der zu Übungen einberufenen Mannschaften ist in dem Staatsentwurf des Reiches für 1898/99 ein Betrag von 1½ Millionen Mark eingesetzt, entsprechend den Erfahrungen, die mit der Ausführung des Gesetzes von 1892 in den Vorjahren gemacht worden sind.

Was „unseren“ Kolonien. Die miserablen Zustände der Urambara-Eisenbahn werden in dem kolonialfreundlichen „Deutschen Wocheblatt“ von einem Augenzeuge drastisch geschildert. Die Urambara-Eisenbahngesellschaft habe es bisher nicht weiter als bis zur Fertigstellung von 41 Kilometern Bahnstrecke gebracht und in unverantwortlicher Weise viel Geld verschwendet, indem sie einen heute bereits zur Ruine gewordenen Pier in den Hafen von Tanga hineinbaute, große Bahnhofsanlagen machte, einen großen Bahnhof als Direktions-Gebäude hinzulegte und auch die Stationsgebäude im Inneren unglaublich neu baute. Dagegen wurden die größten Konstruktionsfehler in der Anlage des Bahndamms verübt, die Wasserdurchlässe vergrößert oder zu eng angelegt, so daß die erste tropische Regenzeit den Damm an verschiedenen Stellen unterbrühte und durchbrach. Gegenwärtig liegt der traurige Torto der Bahn, anstatt bis Norwegen nur bis Mombasa vorspringt, kaum benutzbar da, und der Gesellschaft ist nach Veräußerung von 2½ Millionen der Atem ausgegangen. Sie hat kein Geld zum Bauen, trotzdem sie auch dem Landestressen an der Bahn selbst 160.000 Hektar des zum Teil besten Plantagenlandes an sich reißen durfte. Die Bahn ist und bleibt ein Schandfleck für die deutsche Kolonie und ein höchst betrübliches Zeichen für den deutschen Unternehmungswillen. 40 Kilometer Eisenbahn stehen unter den ostafrikanischen Verhältnissen ein Unding. Keine Karavane und kein Einwohner werde eine solche Strecke benutzen, die man mittels Zugmarsch in 1½ Tagen zurücklegen könnte. Alles drängt auf die Beseitigung der Teilstrecke wenigstens bis Norwegen hin. Doch höre man noch immer nichts bestimmtes von der Wiederaufnahme des Eisenbahnwesens. Nur die Sache noch trauriger oder lächerlicher zu machen, agitiere man in Deutschland sogar für den Bau einer anderen Bahn in Ostafrika, die von Dar-es-Salaam ausgehend Tabora und schließlich den Tanganjika-See erreichen soll. Dies sei ein Hirngespinst, dessen Darstellung sich zwar auf der Karte sehr hübsch ausnehmen, das aber vorläufig die riesigen Kosten keiner Herstellung nie und niemals verzinsen könnte, da es an Produkten fehle, die hier als Massengüter zu befördern wären, und an Geld seitens der Eingeborenen zur Bezahlung des Fahrpreises. — Kämpfe mit Dottentöpfen haben in den letzten Monaten wiederholt im Süden des südwürttembergischen Schutzbegliedertshaus stattgefunden. Jetzt liegen darüber auch Mitteilungen des deutschen Generalstabs in Karlsruhe auf Grund amtlicher Nachrichten vor. Darnach wurden zunächst am 5. Juli bei einem Zusammenstoß mit einer Hotentottenbande von 150 bis 200 Mann 2 Reiter einer Abteilung der deutschen Schutzeinheiten getötet. Am 2. August hat dann ein zweiter Kampf zwischen einer Abteilung der Schutzeinheiten und den Nubiern nahe am Oronjehu stattgefunden, wobei die letzten aus einer Art befestigten Stellung vertrieben und unter Verlust von 25 Mann fast gänzlich vernichtet wurden. Es fielen in dem Kampf auf deutscher Seite der jüngste Offizier der Schutzeinheiten Sekondeleutnant Ulrich und der Freiwillige Hill; verwundet wurden Premierleutnant Hemm und 8 Reiter.

Das Verbot öffentlicher Versammlungen am Karfreitag, am Bußtag und Totensonntag, welches in der Polizeiverordnung des Oberpräsidenten von Brandenburg vom 5. Oktober 1896 ausgesprochen worden ist, ist vom Heerstrassenrat des Kammergerichts für rechtsgültig erklärt worden.

Der internationale Friedenskongress, der zur Zeit in Hamburg tagt, hat es nötig befunden, ein Heilestletelegramm an die Witwe des hingerichteten Gewalttäters Canobas zu senden. Wird der Friedenskongress nach der Hinrichtung des Attentäters auch ein Heilestletelegramm an die Angehörigen dieses, ebenfalls im brutalen, gewalttamen Kampf Gefallenen senden? —

Krieg im Frieden. Eine Reihe von Unfällen wird vom Schieß- und Übungspunkt Hammerstein berichtet. Am letzten Sonnabend wurde beim Vorabmarsch der Wachmeister Dietrich von der 5. Schwadron des Schützen-Dragoner-Regiments von zwei Wagen überschlagen, wodurch ihm einige gelinde Quetschungen im Gesicht angefügt wurden. Dem Einjährig-Freiwilligen von Kalkreuth flog beim Schießschießen ein Teil eines Geschosses in die rechte Wade. Ferner ertranken ein Mann vom 3. und zwei Männer vom 4. Ulanen-Regiment. Ein Mann des 12. Dragoner-Regiments erstickte sich aus bisher unbekannter Ursache.

Hu! Der Berliner "Volksangeiger" meldet aus Meiningen: Hier finden heute zahlreiche Haftauflösungen bei Anarchisten (?) statt; 4 wurden verhaftet.

Der ältere Schupmann, über dessen Rückschreibungen wir an anderer Stelle berichtet haben, ist am Mittwoch vormittags verhaftet und dem Amtsgericht angeführt worden.

Brüssel II. Einer neuzeitlichen Rücksicht folgend lautete das Urteil gegen den Polizeikommissar Grams in Aachen auf Verhängung in ein anderes Amt, nicht auf Amnestieung.

Professor Wolf telegraphiert der "Frank. Zeitung" aus St. Blasien: Die Mitteilung über meine Verhaftung nach Berlin beruht auf Irrtum.

Österreich-Ungarn.

Eine Friedensdemonstration in Prag. Mittwoch in den immer wilder rosenden Blüten des nationalen Feiertags, welche die famose Politik des Boden eingeschloß, tönt ein ernster Ruf, den man hören wird. Die Sozialdemokratie in Böhmen loben die gesamte organisierte Arbeiterschaft keiner Bung zu einer großen Protestdemonstration ein, die am 29. September in Prag stattfinden soll. Der Aufruf, der in unserem Prager

Bruderorgan "Bravo" erschien, wird den stärksten Widerhall bei der deutschen und tschechischen Arbeiterschaft finden. In demselben heißt es:

Die Stunde hat geschlagen, wo wir reden müssen! Ein tschechischer Staat des Kaiserhauses ist von neuem angebrochen. Wegen seine Ursachen welche immer sein — das ist Sache der politischen Freiheit — deutet sieben wir vor einer bösen, traurigen Zukunft: die Bourgeoisie der beiden Volksstämme in Böhmen, des tschechischen und des deutschen, steht einander in regelmäßiger Kampfführung, die dem demokratischen

Ende ihrer Alleinherrschaft in Böhmen heransteht. Arbeitet ein Mensch, der retten will, was sich noch retten läßt, und steht die natürliche Entwicklung der Bevölkerung und die ehrbare Vogel der menschlichen Dinge zu begreifen, räumt sie brutal am tischen des Proletariats, und wenn Schwitz und Blut die so viele über Millionen gewonnen hat; die tschechische Bourgeoisie, welche von der jugendlichen Partei, hat wieder alles auf die Stunde der heutigen sterilen Regierung gelegt, indem sie ihr ergebenste Befolkn und Befürchtungen würde, zum Hohn des tschechischen Volkes und zur Schande der Vergangenheit des demokratischen tschechischen Volkes.

Auf beiden Seiten wird jetzt die wilde Orgie der Leibes- und Rassenkünste auf die Spitze getrieben. Das ist die Befürchtung und Furcht der Leibes- und Rassenkünste auf die Spitze getrieben. Das ist die Befürchtung und Furcht der Leibes- und Rassenkünste auf die Spitze getrieben. Das ist die Befürchtung und Furcht der Leibes- und Rassenkünste auf die Spitze getrieben.

Bei den heutigen Ständen der Dinge droht dem politischen und sozialen Fortschritt eine ungeheure Gefahr: der Wettbewerb im Staate könnte sich ein verjüngungswürdiges, bureauratisches Bürokratium, ein Ministerium des Adels und der hohen Kleider bewirken, das Parlament und seine Macht könnten noch mehr wie bisher zum Spielzeug dieser Elemente werden, eine fühlbare Verzögerung der Individualität und des öffentlichen Lebens droht eintreten, der sozialen Reaktion wird Thale und Thor gefestigt, und unsere Bewegung kann ein gerütteltes Stein in den Weg gelegt werden.

Arbeitendes Volk! Es handelt sich heute um den Schutz des gefundenen Menschenwerks, um den Schutz der freien Güter des Fortschritts und der Freiheit. Freiheit muß vor schwierig, weil wir noch unorganisiert waren. Heute aber sind wir stark genug, um aufzutreten und in das Gesetz unser gewohntes und der Volksstämme und ihren breiten Massen kommendes Recht rufen zu können. Fort mit dem barbarschen Rassenmord, wir rufen nach Frieden und Völkerverbündung!

Wir, auf deren Schultern der Staat lastet, wir, die durch Arbeit und Blut seinen Reichtum und Wohlstand schaffen, wir, die die Söhne seiner Kultur von Anfang waren, wir vertreten heute das Volk der Arbeit, das verurteilt ist, in erster Reihe die in Namen des Volkes zu sprechen, und wir sind bereit, in dem nationalen und beseitigenden Zustand ein Ende zu machen, in dem Menschen im Namen des Volkes sprechen, die der Hass, unsere ungerechten Wahlordnungen und politischen Verstüppungen gebracht haben.

Arbeitendes Volk! Proletarier der physischen und geistigen Arbeit! Genossen! Wir rufen euch alle zu einer Manifestation für den Völkerfrieden!

In kurzer Zeit wird in Prag die tschechische und deutsche Arbeiterschaft mit ihrem Vertretern und Sprechern für den Völkerfrieden manifestieren und die Namen des gesamten organisierten, arbeitenden Volkes gegen die heutige Klassenverbung protestieren! Das arbeitende deutsche und tschechische Volk und der öffentliche und der gauzen Welt das Bild einer fruchtbaren nationalen Übereinstimmung zeigen. Es wird dadurch seine fulminante und politische Kraft handgelenkt und einen Alt feierlich gesetzlichen Mission erfüllen.

Das Programm der Manifestation soll nach dem Vorschlag der Prager Genossen folgendes sein: Am Vorabend der Manifestation versammeln sich die sozialdemokratischen Abgeordneten, die Redakteure der politischen Blätter und die Vertreter der Rationalitäten, um die Situation zu beraten und sich über ein gemeinsames Vorgehen und die Herausgabe eines gemeinsamen Friedensmanifestes zu einigen. Am nächsten Tage wird ein Friedensmeeting abgehalten, bei dem die Sprecher der tschechischen und deutschen Arbeiterschaft sprechen werden, woran ein Friedenszug in den Straßen Prags stattfindet, an dem die Angehörigen beider Volksstämme teilnehmen sollen. Nachmittags wird eine Unterhaltung veranstaltet, deren Ergebnis dem neuen tschechischen Tagblatt zuhallen soll, als dem Volksgeist und dem Verteidiger der deutsch-tschechischen Solidarität.

Die Häufung der Eisenbahnunglücksfälle in der letzten Zeit hat die Generalinspektion der österreichischen Eisenbahnen endlich veranlaßt, etwas zu thun. Sie hat nämlich folgenden Erlaß an die Eisenbahnverwaltungen gerichtet:

Da dieses festgestellt wurde, daß die betriebenden Beamten infolge von Arbeitsüberdruck, wegen der räumlichen Entfernung und aus anderen zeitigen Gründen verhindert waren, sich laut Befehl persönlich von der täglichen Stellung der von den Bürgern zu pflegenden Wechselfahrt zu überzeugen, fordert die Generalinspektion der Eisenbahnen die Fahrverordnungen auf, in allen jenen Hallen ein eigenes Aufzugsorgan zu bestellen, in denen es dem betreffenden Betriebsbeamten möglich ist, die Kontrolle persönlich vorzunehmen. Auf diese Weise wird bei der Ein- und Ausfahrt der Jäne die größtmögliche Sicherheit gewahrt, was in Anbetracht der Ereignisse der letzten Woche nur mit Erfolgigung herzugehören werden soll.

Der Erlaß ist die Folge des Zusammenstoßes bei Bühlstein am 13. Juli d. J. Der Wärter in Bühlstein hatte 24 Stunden ununterbrochen Dienst! Aber trocken wäre der obige Erlaß nicht gewesen, wenn nicht in dem verunglückten Zug der Prinz von Montenegro gefestigt hätte!

Spanien. Über den „großen Staatsmann“ Canobas wird der Int. Post. von spanischer Seite geschrieben:

Der Ministerpräsident hatte während der letzten Monate eine Haltung an den Tag gelegt, welche selbst seine nächsten